

Vertragen sich Pferde und Anwohner?

Gemeinderat diskutierte über die Errichtung einer Koppelfläche nahe eines neuen Baugebietes

Donaustauf. Weil die Errichtung von Koppelflächen für Pferde auf einem Grundstück zwischen der Prüll- und der Bayerwaldstraße baurechtlich nicht zulässig ist, will der Gemeinderat erst das Ergebnis eines Immissionsgutachtens abwarten, bevor er über den entsprechenden Antrag entscheidet. Das beschloss das Gremium bei seiner Sitzung am Donnerstag mit zwölf gegen zwei Stimmen.

Zwar hatte der Gemeinderat beim Antrag des Besitzers am 3. März letzten Jahres einstimmig für den Bau von acht Pferdeboxen für eine Tierpension gestimmt, weil es sich um ein eingeschränktes Gewerbegebiet handelt.

Weil aber nun in unmittelbarer Nachbarschaft das Baugebiet Bayerwaldstraße geplant wird, könnten sich hinsichtlich der Abstandsflächen zur Wohnbebauung Probleme ergeben.

Die Vorsitzende des Bauausschusses, Brigitte West, verwies auf das Ergebnis der Beratungen in diesem Ausschuss vom 23. Mai, wonach man erst das Immissionsgutachten abwarten will, um das genaue Maß der Abstandsflächen zu kennen. Erst dann könne man entscheiden, ob die Koppel zu realisieren sei, ohne das Baugebiet erheblich zu beschneiden.

Geschäftsstellenleiter Stefan Unertl betonte, dass der Antrag zwar „nicht genehmigungsfähig“ sei, dass er aber aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen in den letzten Wochen nicht wisse, ob sich auch das Landratsamt dieser Meinung anschließen werde. Das Amt hatte den Markt am 2. Mai zu einer Stellungnahme in dieser Angelegenheit aufgefordert.

Wolfgang Weigert sprach sich dafür aus, den Antrag erst einmal abzulehnen und nach Kenntnis des Gutachtens neu zu beraten. Unertl sagte, es gebe bereits einen Nachbarn, der sofort klagen würde, sollte der Gemeinderat den Antrag heute genehmigen.

Kritik am Landratsamt

Auch Bürgermeister Jürgen Sommer vertrat die Ansicht, dass der eigentliche Beschlussvorschlag der Verwaltung, dem Antrag das gemeindliche Einvernehmen auszusprechen, abgelehnt werden sollte: „Nach meinen Erfahrungen mit dem Landratsamt in den letzten Wochen – Stichwort: Tribünenbau – weiß ich nicht, welche Entscheidungen die Behörde in den nächsten Wochen treffen wird. Da sollten wir ungeprüft keine Fakten schaffen“, so Sommer.

Johann Sauerer wandte ein, dass man sich lächerlich mache, wenn man nun einen Antrag ablehne, den man vor einem Jahr einstimmig befürwortet habe. Bernd Kellermann stellte klar, dass man im März letzten Jahres nicht gewusst habe, dass zu den beantragten acht Pferdeboxen nun auch noch Koppeln kommen sollen und verwies darauf, dass es sich hier um Bauflächen im Ortskern handle. Wenn die Koppeln überhaupt genehmigt würden, dann nur unter der Auflage, dass der Besitzer die Abstandsflächen alleine auf seinem Grund schaffen müsse. Die Breite dieser Flächen kann aber erst durch das Gutachten geklärt werden, es könnten zehn, 20 oder auch mehr als 30 Meter sein, so Unertl. Weigert hatte zuvor gesagt, dass beide, der Besitzer und der Markt als Eigentümer des Baugebietes Bayerwaldstraße, einen Beitrag leisten müssten.

Letzten Endes setzte sich der Beschlussvorschlag durch, erst das Ergebnis des Immissionsgutachtens abzuwarten und dann erneut zu beraten. Dagegen stimmten Johann Sauerer und Brigitte West. Letztere hatte sich zwar grundsätzlich für das Abwarten ausgesprochen, woll-



Auf diesem Grundstück (im Vordergrund die Bayerwaldstraße) möchte der Besitzer eine Koppel für seine geplante Tierpension errichten. In direkter Nachbarschaft soll das Baugebiet Bayerwaldstraße entstehen. (Foto: Hossfeld)

te aber nicht die ebenfalls beschlossene explizite Ablehnung des Antrages befürworten, die nach ihrer Ansicht nicht nötig ist.

„Fehler nicht wiederholen!“

Auch über die Erteilung eines Vorbescheides zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage in der Falkensteiner Straße in Sulzbach gab es Diskussionen. Grund dafür war die Tatsache, dass das Gebäude auf einer landwirtschaftlichen Fläche im Außenbereich entstehen soll. Andererseits gebe es, so Brigitte West, bereits einen genehmigten Bauantrag aus dem Jahr 2006 (Bau war als Austragshaus privilegiert), der aber zwischenzeitlich, weil nicht umgesetzt, verjährt sei. Nun solle man der „Zersiedelung nicht Tür und Tor öffnen“, so West.

Dem schloss sich auch Ursula Hildebrand an und Bürgermeister Sommer sagte, man müsse Fehler wie die Entscheidung von 2006 schließlich nicht wiederholen. Dieser Meinung wollten sich Martin Sendlbeck und Erwin Ostermeier nicht anschließen. Die Abstimmung verlief denkbar knapp: Mit sieben gegen sieben Stimmen wurde ein Patt erreicht. Das bedeutet laut Ge-

meindeordnung, dass der Antrag abgelehnt wird.

Auf wenig Verständnis stieß das Ergebnis einer Brückenprüfung

durch das Ingenieurbüro EBB, das Bauamtsleiter Andreas Putsch vorstellte. Demnach sind alle acht Brücken im Gemeindebereich geprüft

und mit einer Benotung versehen worden.

Während sich sieben der Bauwerke in relativ zufriedenstellendem Zustand befänden, müsse bei der Hammermühlbrücke nachgebessert werden sagte Putsch. Insbesondere gelte es, die Tragfähigkeit nachzuberechnen. Bei allen anderen Brücken müssten als Sofortmaßnahme lediglich der Bewuchs entfernt und Reinigungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Rüdiger Hage kritisierte, dass laut Prüfungsergebnis nur von drei dieser Brücken das Baujahr bekannt sei und von keiner einzigen die Tragfähigkeit: „Das ist äußerst dürftig“, so Hage. Man beschloss, dass sich Bauamtsleiter Putsch mit dem Ingenieurbüro zusammensetzen und beraten soll, welche Maßnahmen in nächster Zeit für sämtliche Brücken erforderlich seien und zu eruieren, was das alles koste. Dann, so Bürgermeister Sommer, werde man erneut beraten und entscheiden, was zu tun sei. -mox-

Schild-Bürger-Streiche

Donaustauf. Bürger Donauauf, vor allem Gastronomen, waren in letzter Zeit an Gemeinderat Johann Melzl mit Beschwerden über das Beschilderungskonzept der Gemeinde herangetreten. Insbesondere der Wirt der Kupferpfanne hatte moniert, dass Hinweisschilder auf sein Lokal von der Gemeinde abgenommen worden seien, die von Konkurrenten, wie etwa dem Armenspital, hingegen nicht. Um die Umstände zu klären, war eigens der Bauamts-Mitarbeiter Christian Weber vor dem Gemeinderat erschienen.

Die Gemeinde sei verpflichtet, Hinweis- oder Werbeschilder etwa von Strommasten der Rewag zu entfernen, weil sie die Statik der Masten, vor allem bei starkem Wind, beeinträchtigen könnten, erklärte Weber. Dass man das Kupferpfanne-Schild abgenommen, ein

anderes vom Armenspital hingegen habe hängen lassen, sei lediglich ein Versehen, weil Letzteres zudem an einem Rewag-Lichtmasten hänge, der auf Privatgrund stehe. Grundsätzlich sei es aber gängige Praxis, dass Schilder, die der Bauhof im Gemeindeauftrag abgenommen habe, „über Nacht“ wieder angebracht würden, berichtete Weber den staunenden Räten. Bei dieser Gelegenheit komme es durchaus vor, dass der Einfachheit halber Schilder von Konkurrenten gleich abgeschraubt oder an weniger günstiger Stelle platziert würden.

Bürgermeister Jürgen Sommer, dem bei fortschreitender Diskussion über diese Schild-Bürger-Streiche fast der Kragen platzte, ordnete schließlich an, dass das Bauamt künftig „fotografisch dokumentieren“ solle, welche Schilder wo abgenommen worden seien und regte

die Rewag an, ihre Lichtmasten von privatem auf Gemeindegrund zu versetzen, um eine einheitliche Behandlung sicherzustellen. Als sich, nach einer guten halben Stunde, die nach mehr als zwei Stunden Sitzung auf diesen Tagesordnungspunkt verwendet worden war, Jenő Mihályi noch mit der Kritik meldete, sämtliche Schilder seien mit zu kleiner Schrift versehen, die man vom Auto aus gar nicht lesen könne, schlug Sommer vor, „alles abzuschrauben und einzustampfen und neue Schilder“ herstellen zu lassen. Der dazu nötige und nach Aufforderung Sommers von Mihályi auch formulierte Antrag, wurde dann aber doch mit zehn gegen vier Stimmen abgelehnt. „Bürger, denen im Detail etwas nicht passt, sollen sich im Rathaus melden!“, fügte der Bürgermeister leicht gereizt hinzu. -mox-

Winterdienst ist „gesetzeswidrig“

Bauhofmitarbeiter arbeiten unzulässig lange – Anregungen der Bürger behandelt

Donaustauf. Bei der Bürgerversammlung am 28. April (die Donau-Post berichtete) hatten die Anwesenden vier Empfehlungen an den Gemeinderat zur weiteren Beratung abgegeben. Ein multifunktionaler Freizeit-/Bolzplatz im südwestlichen Ortsbereich, die Sanierung und öffentliche Nutzung des Türmerhauses, die Schaffung einer Badegelegenheit an der Donau und Tempo 30 im ganzen Ortsgebiet standen auf der Wunschliste. Der Gemeinderat beriet nun darüber, wie mit diesen Ansinnen weiter zu verfahren sei.

Außerdem wurde darüber diskutiert, wie der Winterdienst in der Gemeinde künftig durchgeführt werden soll. Die bisherige Vorgehensweise hatte Geschäftsstellenleiter Unertl als „vorsätzlichen Gesetzesbruch“ bezeichnet.

Wenig Uneinigkeit gab es darüber, den Wunsch der Bürger nach einem multifunktionalen Freizeit-/Bolzplatz weitergehend zu beraten, für den sich eine große Mehrheit bei der Versammlung im April ausgesprochen hatte. Auch der Sanierung des Türmerhauses stimmten die Räte unisono zu, allerdings zeigte sich vor allem Wolfgang Weigert eher „zurückhaltend“, was die ebenfalls angestrebte öffentliche Nutzung (etwa als Museum) angeht. Geschäftsstellenleiter Stefan Unertl sagte, man solle diese Nutzung den-

noch prüfen, weil eventuell Fördergeld dafür bereitgestellt würde.

Gegen die Stimmen von Rüdiger Hage und Andrea Kammermeier will man auch den Antrag auf Schaffung einer Badegelegenheit an der Donau weiter verfolgen. Allerdings hatte Wolfgang Weigert angeführt, dass als möglicher Platz dafür nur eine sehr kleine Fläche infrage komme, bei der die Liegeplätze der Flussschiffe und ein FFH-Gebiet aneinanderstießen. Für alle drei Empfehlungen der Bürgerversammlung muss nun von der Verwaltung die rechtliche Seite geprüft werden, bevor man in einer der nächsten Sitzungen Entscheidungen treffen könne, so Unertl.

Mit acht zu sechs Stimmen wurde der vierte Wunsch abgelehnt: Tempo 30 wird nicht grundsätzlich im ganzen Ort geschaffen, sondern nur verkehrsabhängig.

Nur eine Straße räumen?

27 Kilometer Straßen und acht Kilometer Gehwege liegen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde. Während die Räumung der Gehwege im Winter uneingeschränkt Pflicht der Gemeinde sei – wobei sie diese zumindest teilweise auf die Anwohner übertragen kann – sei der Markt nur bei einer einzigen Straße, der Ludwigstraße, gesetzlich verpflichtet zu räumen, teilte Unertl zum Erstaunen der Räte mit.

Natürlich sei es sinnlos, sich hierbei an die Buchstaben des Gesetzes zu halten, räumte Unertl ein. Man könne nicht nur eine Straße räumen, weil sie verkehrswichtig sei, und alle anderen ihrem Schicksal überlassen. Allerdings sei die bisherige Praxis, sämtliche Straßen je nach Möglichkeit zu räumen, „rechtlich nicht in Ordnung“, so Unertl. Grund sei die Überschreitung der Arbeitszeiten der Bauhofmitarbeiter, die es unmöglich innerhalb der zulässigen Zeit schaffen könnten, überall zu räumen.

Deshalb stellte Unertl zwei Varianten vor, wie es mit dem Winterdienst weitergehen könnte. Variante eins würde eben bedeuten, nur noch bestimmte Straßen zu räumen, je nach Verkehrswichtigkeit, und bei Ablauf der Arbeitszeiten das Räumen einzustellen. Bei Variante zwei, „wenn wir alles räumen sollen“, komme die Gemeinde nicht umhin, ein zusätzliches Räumfahrzeug zu mieten oder anzuschaffen. Außerdem müssten sämtliche Bauhofmitarbeiter zum Winterdienst verpflichtet werden, weil die dann zwei Fahrzeuge immer mit zwei Mann besetzt sein müssten. Unertl riet davon ab, den bisherigen Zustand, den beispielsweise Weigert „nach rechtlicher Absicherung“ beibehalten wollte, durch eine Abstimmung zu zementieren: „Das wäre dann eine Mehrheit für vorsätzlichen Gesetzesbruch“, formulierte er drastisch.

Mit zwölf gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, die Variante zwei zu verfolgen, weil man, wie es Martin Sendlbeck ausgedrückt hatte, „eine wohlhabende Gemeinde“ sei, die ihren Bürgern den kompletten Winterservice bieten könne. Bis zur nächsten Sitzung muss die Verwaltung nun einzelne Räumbezirke nach Priorität erarbeiten und die Mietkosten für ein zusätzliches Fahrzeug eruieren.

Verkehr wird überwacht

Das Gremium beschloss zudem einstimmig die Billigung des Leistungsverzeichnisses für das Kommunale Denkmalkonzept. Es sei „in enger Zusammenarbeit“ mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege erarbeitet worden, so Andreas Putsch, und werde nun einigen ausgewählten Planungsbüros vorgelegt, die daraus dann das Konzept gestalten sollen.

Der Gemeinderat stimmte ebenfalls einstimmig zu, dass der Markt mit dem Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz zuerst eine Zweckvereinbarung abschließen und, sobald die Zusammenarbeit mit der Stadt Regensburg fristgerecht beendet wurde, den Beitritt zum Verband anstreben soll. Das vorhandene Personal, eine Frau, könne dabei in die Dienste des Zweckverbandes übernommen werden, so Unertl. -mox-